

## **Gewerbeverein: Ziel der Regierung: Die Wirtschaft möge zahlen!**

Wien (OTS) Der permanente Sager von den zu hohen Lohnnebenkosten in Österreich ist uns noch in guter Erinnerung. Alle im Parlament vertretenen Parteien sahen darin einen Hemmschuh für die Attraktivität des heimischen Wirtschaftsstandortes - so der Österreichische Gewerbeverein (ÖGV) in einer Aussendung. Nun die Fakten:

- Die Höchstbeitragsgrundlage zur Sozialversicherung soll fallen. Das gilt natürlich auch für den Arbeitgeberbeitrag. Fazit: Die Lohnnebenkosten steigen beträchtlich.
- Die unfinanzierbaren Pensionsleistungen werden via Abfertigung bei Selbstkündigung saniert. Fazit: Die Lohnnebenkosten steigen beträchtlich.
- Mitarbeiter vor der Pensionierung dürfen nicht mehr gekündigt werden: Fazit: Man treibt damit gerade so manches KMU in den sicheren Ruin.
- Das Paket zur Senkung der Lohnnebenkosten von SPÖVP ist genau dasselbe, wie jenes von FPÖVP: Inhalt: Entweder werden Zahlungen verringert, die bisher zu hoch waren (Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz) oder es wird von einem Arbeitgebertopf in einen anderen umverteilt.
- Der Wirtschaftsstandort leidet bedingt durch die EU-Sanktionen - zumindest zeitweise und in Sektoren - beträchtlich.

Viel überlegt hat man sich offensichtlich bisher noch nicht. Wer achtzig Prozent seiner Kapazität für Erklärungen und zur Schadensbegrenzung aufwendet, der kann offensichtlich zum sinnvollen Gestalten keine Zeit mehr aufwenden!

Rückfragehinweis: Österreichischer Gewerbeverein,  
Dr.Herwig Kainz,  
Tel.: (01) 587 36 33/30,  
Email: oest.gewerbeverein@apanet.at

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

OTS0152 2000-02-21/13:27

211327 Feb 00

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20000221\\_OTS0152](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000221_OTS0152)